Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postaufschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 p. Vorm. 8–3 Uhr Pockm. Sonntags p. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Vereine und nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (Einsandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an. Für Aufgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang. Dresden, 1895.

Die beste und billigste aller Hausseifen bleibt
„Triumph-Seife“ mit der Schutzmarke „Sonne“.
In allen besseren Seifen- und Colonialwaarengeschäften zum Preise von 10 Pfennigen pr. Stück erhältlich.

Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten gratis und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 25.
Fernspr.-Amt I. No. 167.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

„Invalidendank“
Dresden, Seestrasse 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

W. F. Seeger, Dresden-N.
Kasernenstrasse 31. Fernsprech-Amt II. Nr. 2153.
Champagner-Fabrik und Weinhandlung
(prämiirt mit königl. sächs. Staatspreis).
Niederlagen in allen grösseren Orten von Sachsen; neue werden jederzeit vergeben. Preislisten versendet frei.

Solide, elegante deutsche und **englische Tuchwaaren**
empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst **C. H. Hesse, 20 Marienstrasse 20, Ecke Margarethenstrasse** (3 Raben).

Nr. 76. Spiegel: Die Hausse an der Börse. Hofnachrichten, Landtagswahl, Bismarck-Geburtstagsfeier, Betriebssteuer für Geschäftsfilialen, Gerichtsverhandlungen. Casino-Concert.

Vermuthliche Witterung: Trübe, trocken, wärmer.

Sonntag, 17. März.

Politisches.

Die Baissespekulanten haben augenblicklich einen schlechten Stand. Die Börse will die Baisse nicht, weil sie sich an das Schwelgen in wonniger Haussestimmung dermaßen gewöhnt hat, daß die bloße Andeutung der Wahrscheinlichkeit oder auch nur der Möglichkeit eines Rückschlages sie in ungefähr dieselbe nervös unbehagliche Gemüthsverfassung versetzt, die ein leichtfertiger, abergläubischer Epikuräer beim Anblick der ernsten Embleme des Todes empfindet. Die Führerin im Haussereigen machte bisher die Wiener Börse. Neuerdings ist aber dort vorübergehend eine kleine Baisse eingetreten und darüber sind nun die dortigen Haussiers ganz aus dem Häuschen gerathen. Sie erklären das Verhalten der Baissepartei für „Dummheit“ und „Verrücktheit“ und die Quintessenz ihres tödtlichen Aergers ist von ihnen in Gestalt eines interessanten Stimmungsniederschlages in einem führenden Wiener Börsenblatte abgelagert worden. Bei dieser Gelegenheit wird von den Herren so naiv aus der Schule geplaudert, daß einige Kraftstellen, die offenbar eine ganz besondere Herzenserleichterung der Haussepartei darstellen, der Vergessenheit entrissen zu werden verdienen. Es heißt da unter Anderem: „Die jetzigen Großspekulanten (d. h. natürlich nur die augenblicklich unbequemen Baissiers) sind einfach Spieler ohne jede Unterlage, tollkühne Hazardeure, die gewöhnlich nicht einmal eine bestimmte Ansicht haben und ihre Information von der Straße auflauben oder aus Hinterthüren schmuggeln. Die Großspekulation wird jetzt zumeist von Menschen betrieben, die in ihrem ganzen Leben überhaupt nicht die Gelegenheit hatten zu erfahren, wie eine ernste Verwaltung aussieht.“ Ferner wird gesagt: „Die verzärtelsten Lieblingspapiere des Geldmarktes werden wie faule Aepfel herabgeschüttelt, weil einige Spieler die Börse mit Monte Carlo verwechseln . . . Der Werth unserer vornehmsten Papiere hängt davon ab, daß es untergeordneten (!) Individuen beliebt hat, etwa 200,000 verschiedene Aktien aufzuhäufen und sie im unbequemsten Augenblicke loszuschlagen. Eine Deroute, weil die Glückspitze davon rennen. (!) Das ist, gelinde gesagt, ein Skandal. Der ruhige Bürger muß sich sagen, das ist also nur Steigen und Fallen, und von solchen abstoßenden Leidenschaften werden meine Ersparnisse bedroht. Wirklich, die Börse hat in der letzten Zeit viele Scheite für den Holzstoß herangeschleppt, den der Haß für sie aufrichtet.“ Diese lehrreichen Bekenntnisse einer schönen Seele haben nur den einen Fehler, daß sie einseitig zugespitzt sind. Die Pfeile richten sich nur gegen die Rebellen, die es wagen, die Zirkel der zur Zeit alleinherrschenden Hausse zu stören. Wären aber diese „jammervollen Kreaturen“, diese „untergeordneten Elemente“ hübsch auf den Spuren der Hausse geblieben, ja Bauer, das wäre ein ganz anderes Ding gewesen! Dann hätten sie sich ja „strebend zum Ganzen gefügt“ und eitel Lob wäre ihr Theil geworden. Die Welt hätte nichts von dem „minderwerthigen Charakter“ dieser Edlen erfahren und der schöne moralische Erguß eines schwellenden Haussehertzens wäre ungeschrieben geblieben. So geht es in der Welt der Börse zu. Die Baissiers sind immer im moralischen Nachtheile. Auf ihnen trommelt Alles herum; sie werden mit glühenden Zangen gezwickt und in heißem Oel gesotten, während die Haussiers in aller Gemüthsruhe dabei zusehen und schmunzelnd die Beute einheimsen.

Man denke nur an die in letzter Zeit so häufig in Umlauf gebrachten falschen Gerüchte zum Zwecke einer Börsenspekulation. Ja, wenn ein solches Gerücht von der Kontremine ausging, dann entrüstete sich alle Welt und die Haussemine paukte tapfer mit. Von einer ähnlichen Entrüstung der öffentlichen Meinung hat man aber bei der Aussprengung falscher Haussenachrichten niemals etwas gehört. Falschmeldungen solcher Art werden ganz ruhig aufgenommen. Man steckt dankbar den Gewinn ein und das nachfolgende Dementi verschwindet sang- und klanglos in dem Wust der Tagesereignisse. Gleichwohl ist kein Zweifel darüber möglich, daß wahrheitswidrige Ausstreuungen der einen wie der anderen Art gleichmäßig verwerflich sind. Auch die jetzige Hausse ist zu einem wesentlichen Theil nichts weiter als ein künstlich geschaffenes Gebilde, das nur durch unnatürliche Mittel aufrecht erhalten wird. Die heutige Hausse ist eine fin de siècle Erscheinung, ein Kartenhaus, dessen einzelne Karten zwar mit ein wenig Leim unter einander verbunden sind, so daß es nicht vor jedem leisen Luftzuge zusammenstürzen kann. Deshalb aber ist dies Kartenhaus noch lange nicht ein „ehemer Felsen in der Brandung“, wie die Haussiers das Publikum glauben machen möchten. Es ruht doch nur auf einem fadenscheinigen Untergrunde und kann einem kräftigen Windstoße nicht widerstehen. Diese Empfindung beherrscht auch nach dem Gesetze des Unbewußten die Kreise der Hausse selbst und daher jene Thränen! Denen, die von den Wogen des augenblicklichen Geldstromes auf der Oberfläche getragen werden, ist es natürlich höchst fatal, wenn sie in dem wonnigen Behagen ihres Goldbades gestört werden. Sie werden alle Warnungen als krächzende Rabenstimmen verhöhnen und die Mahner zur Zurückhaltung an den Pranger des öffentlichen Gespöttes zu stellen suchen. Mögen sie es thun! Trotzdem bleibt es gewiß, daß auf die Dauer ein rein finanzieller Aufschwung ohne gleichzeitigen wirthschaftlichen Aufschwung nicht bestehen kann. Von einer allgemeinen Besserung der wirthschaftlichen Lage ist aber bis heute blitzwenig zu spüren gewesen. Der Geldstrom sickert nicht durch bis zu den nothleidenden Erwerbsständen. Er läßt seine Wohlthaten im Wesentlichen nur der hohen Finanz zu Gute kommen, deren ungesunder Spekulationsgeist dem gesunden wirthschaftlichen Unternehmungstriebe weit voraus geeilt ist. Infolgedessen reißen sich die Preise der Effekten von ihrem inneren Werthe los und die Kurssteigerungen nehmen einen geradezu exorbitanten Umfang an. Man braucht deshalb noch nicht an eine mit Nothwendigkeit bevorstehende große Krisis zu glauben. Es kann sich Alles noch abglätten, ohne daß es zu einem Krache kommt, wenn nur rechtzeitig die Einsicht Platz greift, daß das Zurückebben der augenblicklichen Hochfluth der Spekulation ein dringendes Erforderniß der wirthschaftlichen Lage ist. Insofern hat die Baisse als Idee zur Zeit eine gewisse Berechtigung an der Börse, wenn auch die Baisse als Kontremine, weil sie ebenfalls nur Spekulationszwecken dient, selbstverständlich nicht als Retter aus der Noth betrachtet werden darf. Die Börse aus einem Monte Carlo zu einem wahrhaften Vermittelungsinstitut für die großen wirthschaftlichen Interessen der Völker zu machen, das vermögen weder die Haussiers noch die Baissiers. Dazu bedarf es einer ernsthaften Börsenreform und weitgehender staatlicher Aufsichtsbefugnisse. Diese Erkenntniß gewinnt überall an Boden. Nicht nur bei uns, auch in Ungarn, Belgien und der Schweiz ist die Frage der Börsenreform bereits in Fluß gekommen und alle Verschleppungsversuche der Gegner werden die endgiltige Regelung der Reform nicht mehr aufhalten.

Nicht nur an der Börse, sondern auch im politischen und sozialen Leben giebt es gewisse Baissespekulanten der öffentlichen Meinung, deren Weizen nur blüht, wenn die niederen Instinkte der Massen entfesselt werden. Diese Art von Baissiers ist noch weit gefährlicher als ihre Kollegen des Geldmarktes. Nationale Chauvinisten und soziale Revolutionäre gehören zu dieser Sorte von Coulissiers, die es ebenfalls meisterhaft verstehen, durch Ausstreuung falscher Nachrichten ihre geheimen Zwecke zu fördern. Augenblicklich sind ihnen zwar die Zeitverhältnisse nicht günstig. In der Politik herrscht ebenfalls Haussestimmung. Die internationalen Beziehungen haben eine unverkennbare Wendung zum Besseren genommen und im Innern rüstet sich unser Volk zu erhebenden nationalen Gedenkfeiern, deren weihevoller Charakter den idealen Schwung unserer Volkseele neu beleben und ihr im Kampfe gegen den inneren Feind Stärkung verleihen wird. In der Stille aber nimmt inzwischen die Maulwurfsarbeit der Gegner ihren Fortgang. Je weniger sich daher die ehrlichen Freunde des Völkerfriedens und des civilisatorischen Fortschrittes darüber täuschen, daß die geheimen Kräfte, die jene beiden höchsten Güter der Menschheit bedrohen, immer noch mächtig und einflußreich sind, in desto gesicherterer Hut werden der Frieden und der Fortschritt thatsächlich ruhen. Der heutige Frieden wird noch zu viel im Munde geführt, um ganz vertrauenswürdig zu sein. Aus den Hymnen, die zu seinem Lobe gesungen werden, hört man noch immer die warnende Stimme des getreuen Eckhart der Menschheit heraus: „Kinder, wenn Ihr den Frieden ernstlich lieb habt, dann sprecht doch nicht so viel davon. Wenn Ihr plaudert, wirkt der Zauber nicht“. Und wirklich, man würde ein Gefühl der Erleichterung empfinden, wenn die offizielle Friedensliebe etwas weniger oft betont würde. Dann würde man sich eher daran gewöhnen, sie als das zu betrachten, was sie eigentlich sein sollte, nämlich etwas ganz Selbstverständliches. Wenn dieser normale Zustand bisher noch nicht hat erreicht werden können, wer Anders ist daran schuld, als die chauvinistischen Baissespekulanten, die mit ihren sozial-revolutionären Freunden eng verbrüdert sind, weil die Einen hoffen, daß die Anderen im Augenblick des großen Kurssturzes auf dem Weltmarkte einen Theil der Arbeit für sie thun werden. Darum muß auch in der heutigen Politik eine weise Zurückhaltung als das Richtige bezeichnet werden. Keine sich selbst täuschende, krampfhafte Haussebewegung auf Knall und Fall, aber auch keine Deroute, sondern eine solide Mittelstimmung.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 16. März.

Berlin. Der Reichstag nimmt den Rest des Extra-Ordinariums des Post-Etats unter Ablehnung der Forderungen für Neubauten in Schwiebus und Metz und Zurückverweisung der Forderung für ein neues Dienstgebäude in Magdeburg an die Kommission an, ebenso die Einnahmen unter Erhöhung des Einnahmeansatzes an Porto- und Telegraphengebühren um 1,830,000 M. Auf Antrag des Abg. Müller-Sagan wird der Reichskanzler ersucht, in den Erläuterungen des Etats nachzuweisen, wie sich die Einnahmen aus Porto, aus Telegraphen und Telephongebühren gestellt haben. Der Antragsteller führte aus: Um ein Urtheil darüber zu gewinnen, ob sich die Fernsprechgebühren nicht doch herabsetzen lassen, müsse man erfahren, wie sich im Fernsprechverkehr Ausgaben und Einnahmen stellen. Er habe sich sagen lassen, daß sich die Anlagekosten für den Fernsprechbetrieb mit 12½ Prozent rentirten. — Staatssekretär v. Stephan erklärte, daß nur approximative Ziffern gegeben werden könnten. — Auf Antrag von Mitgliedern aller Parteien wird Abg. Spahn (Centr.) ermächtigt, in Fällen der Verhinderung des Präsidenten v. Levetzow (derselbe ist Mitglied des Staatsraths) das Präsidium zu übernehmen, so lange die Vicepräsidenten v. Buol und Bürklin (Ersterer infolge eines Todesfalles in der Familie, Letzterer infolge Erkrankung) behindert sind. — Bei der folgenden Berathung des Etats der Reichsdruckerei widerspricht Direktor Fischer den Beschwerden des Abg. Herbert (Soz.) über Behandlung der Arbeiter in der Reichsdruckerei. — Alsdann wird in die Berathung des Etats des Auswärtigen Amtes eingetreten. — Beim Titel „Staatssekretär“ erklärt auf eine Anfrage des Abg. Dr. Hasse Staatssekretär v. Marschall, die Vertreter von Deutschland, Frankreich, Italien und Belgien in Venezuela seien seinerzeit zusammengetreten, um sich über Erledigung von Reklamationen bei der venezuelischen Regierung zu einigen; sie hätten ein gemeinsames Vorgehen vereinbart und in dem darüber gefaßten Protokoll das Verhalten der venezuelischen Regierung stark kritisirt. Das Aktenstück sei dann zur Kenntniß der dortigen Regierung gelangt, und diese habe den Vertretern von Belgien und Frankreich die Pässe zurückgeschickt. Frankreich habe seinerzeit dem venezuelischen Geschäftsträger in Paris ebenfalls den Paß zugestellt, und der Ministerresident war gleichfalls von Caracas abgereist, doch stehe das mit der Affaire in keinem Zusammenhange, denn die Abreise erfolgte auf Urlaub schon vor dem Vorgehen der dortigen Regierung gegen die Vertreter von Frankreich und Belgien. Der Vertreter unseres Ministerresidenten, schließt der Staatssekretär, ist gänzlich unbehelligt geblieben. — Beim Titel „Gesandtschaften“ fragt Abg. Schmidt-Warburg an, ob der Staat nicht im Interesse der deutschen Gläubiger in Griechenland einzugreifen habe. — Staatssekretär v. Marschall: Das Auswärtige Amt geht von dem Grundsatze aus, daß, wenn Deutsche ihr Geld in auswärtigen Staatspapieren angelegt haben, es in erster Reihe Sache der Deutschen ist, ihre Interessen zu wahren und zu Komitees zusammenzutreten. Das Deutsche Reich kann dabei nur denjenigen Schutz gewähren, auf den der Deutsche im Auslande überhaupt Anspruch hat, und dieser Schutz wird umsomehr gewährt werden, jemehr eine Mißachtung Deutschlands vorgekommen ist. Gegen den Gesetzentwurf, welcher den Gläubigern nur 30 Prozent geben wollte, haben der deutsche und der französische Gesandte mündlich protestirt, die griechische Kammer hat aber den Gesetzentwurf angenommen. Die Verständigung scheiterte hauptsächlich daran, daß der frühere Ministerpräsident dort sich weigerte, die Ueberschüsse über den zunächst erforderlichen Zinsbedarf hinaus wenigstens zur Hälfte an die Gläubiger zu vertheilen. Jetzt hat Griechenland ein provisorisches Geschäftsministerium, und dieses lehnt bindende Versprechungen ab. Aber wir werden Alles thun, um mit vollem Nachdruck die berechtigten Forderungen deutscher Gläubiger zu vertreten. Wir meinen jedenfalls, daß es nur der Billigkeit entspricht, daß jene vorerwähnten Ueberschüsse den Gläubigern zufallen. Ich kann aber da nur wiederum warnen vor unvorsichtiger Anlegung von Geldern in unsicheren ausländischen Papieren. Daß meine Warnung Beachtung findet, kann ich freilich kaum hoffen, denn ich sehe, welche Faktoren da mitspielen, der Wunsch nach höheren Zinsen, die Geneigtheit, Alles zu glauben, was in den Prospekten steht, und das Interesse gewisser Kreise, aus Emissionen lukrative Geschäfte zu machen. Mache nur Jeder selbst die Augen auf, und sage sich Jeder, daß die Höhe des Zinsfußes stets im umgekehrten Verhältnisse zur Sicherheit steht. — Abg. Schmidt-Warburg wünscht, man solle auch im Innern für diese sicheren Verhältnisse sorgen, also dafür, daß nicht unsere Anleihen gekündigt werden. — Abg. Limburg-Stirum erwidert, daß bei unseren Anleihen ja niemals die Unkündbarkeit zugesichert worden sei. Unsere Regierung habe bisher in der griechischen Angelegenheit, wie er zugebe, korrekt gehandelt, aber dort herrsche böser Wille, und da sei es gut, den Leuten auf die Füße zu treten. Ein gemeinsames Vorgehen der Mächte sei erwünscht. — Abg. Graf Arnim schlägt vor, alle exotischen Emissionen zu verbieten, wo es an den nöthigen Garantien fehle. — Damit schließt die Debatte. — Zur versuchsweisen Zutheilung landwirthschaftlicher Sachverständiger an kaiserliche Missionen sind 75,000 M. neu ausgeworfen. Auf Antrag v. Salisch wurde hinzugefügt: „und forstwirthschaftliche“. Der Etat wird genehmigt. — Montag: Kolonial-Etat.

* **Berlin.** Der „Berliner Korrespondenz“ zufolge theilte der Kaiser bei Eröffnung der heutigen Staatsrathssitzung einen Artikel der Zeitung „Das Volk“ mit, worin abfällige Bemerkungen über den Staatsrath gemacht werden. Der Kaiser erklärte, daß derartige Beschimpfungen des Staatsrathes, dessen Vorsitzender zu sein er sich zu einer besonderen Ehre rechne, die Bosheit und Taktlosigkeit dieses Blattes bezeugten, welche man öffentlich zurückweisen müsse.

* **Berlin.** Dem Diner beim Reichskanzler wohnten der Kaiser, die Staatsminister, der Oberhofmarschall Graf zu Eulenburg, der Chef der Reichskanzlei v. Wilmowski und die Mitglieder sowie der Protokollführer des Staatsrathes bei. Rechts vom Kaiser saß der Präsident des Abgeordnetenhauses v. Köller, links der Geh. Finanzrath Jencke; neben dem Reichskanzler saß der Präsident v. Lewetzow. Den Hauptstoff der Unterhaltung bildeten die Verhandlungen des Staatsrathes, insbesondere die möglichen Mittel zu einer baldigen Abhilfe der landwirthschaftlichen Nothlage. Der Kaiser unterhielt sich besonders eingehend mit den Herren Präsident v. Köller, Geh. Finanzrath Jencke, v. Mirbach, Minister v. Berlepsch, v. Kardorff, Minister v. Köller und verblieb in angeregtester Unterhaltung auch mit mehreren anderen Herren bis nach 11 Uhr in den Räumen des Reichskanzlerpalais.

Berlin. Die Besserung im Befinden des Prinzen Joachim dauert an. — In der gestrigen Sitzung des Staatsraths wurden die Verhandlungen über die Maßnahmen der Währungspolitik nach der Pause fortgesetzt und mit der Annahme des nachfolgenden Antrags zum Abschluß gebracht: „Nach der Erklärung des Herrn Finanzministers in der Sitzung vom 15. Februar d. J. soll, ohne unsere Reichswährung zu präudiziren, unter Anerkennung einer nachtheiligen Rückwirkung des zunehmenden Werthunterschiedes zwischen Gold und Silber auf das Erwerbsleben, mit den verbündeten Regierungen eine Herbeiführung eines Meinungsaustausches mit anderen Staaten über gemeinschaftliche Maßregeln zur Abhilfe in Erwägung gezogen werden. Mit Rücksicht auf diese Erklärung, von welcher der Staatsrath mit Befriedigung Kenntniß genommen hat, glaubt derselbe, daß im gegenwärtigen Zeitpunkte keine weiteren Maßregeln zu ergreifen sind, sondern daß das Ergebniß der in Aussicht genommenen Schritte abzuwarten ist.“ In der heutigen, gleichfalls vom Kaiser präsidirten Sitzung wurde in die Verhandlung zu Punkt 3 der Vorlage betr. Maßnahmen zur Verbilligung der landwirthschaftlichen Produktion und zur Erleichterung des Absatzes der Erzeugnisse eingetreten. Durch Frhrn. v. Huene wurde die Frage des Kreditbedürfnisses der landwirthschaftlichen Genossenschaften zur Sprache gebracht. Die Debatte darüber wird Montag fortgesetzt. In eingeweihten Kreisen hofft man, diese Frage am schnellsten und leichtesten zu erledigen. — Aus der Mittwochssitzung des Staatsraths, wie man dem „Hamb. Korr.“ schreibt, ist in parlamentarischen Kreisen ein Zwischenfall bekannt geworden. Es scheint, daß dem Grafen Kanitz von irgend einer Seite her eine Bemerkung über die verspätete Einbringung seines Antrages im Reichstage gemacht worden ist. Graf Kanitz habe, so wird berichtet darauf erwiedert, er habe mit seinem Antrag auf den persönlichen Wunsch des Kaisers zurückgehalten. Der Kaiser habe darauf erklärt, daß, wenn man fortfahre, seine Person in die Debatte zu ziehen, man es ihm unmöglich mache, die Berathungen des Staatsraths zu leiten. — Rektoren deutscher Universitäten haben am 14. d. Mts. in Halle eine Konferenz abgehalten. Gegenstand der Berathung waren die von den Universitäten gemeinsam dem Fürsten Bismarck zum 80. Geburtstage zu erweisenden Ehrungen. Auch der Rektor der Berliner Universität Prof. Dr. Pfleiderer nahm an der Konferenz Theil. — Das von den deutschen Korps-Studenten auf der Rudelsburg zu errichtende Bismarckdenkmal wird vom Prof. Pfritzschner in Charlottenburg hergestellt. — Die Huldigungsfahrt der Westfalen zum Fürsten Bismarck soll am Himmelfahrtstage, den 23. Mai, stattfinden. Sie werden dem Fürsten einen kunstvoll geschmiedeten Eichenkranz mit der Widmung „Dem eisernen Kanzler die treuen Westfalen“ überreichen. Der Kranz soll einen Meter Durchmesser haben und auf rothem Sammet auf einem Kunstwerk von Staffelei ruhen. Die Damen, welche sich dem Zuge anschließen, werden eine künstlerisch geschmiedete eiserne Truhe mit den schönsten Ansichten Westfalens als Gabe bringen. — Ein Distanzritt zum Altreichskanzler haben vier Offiziere des in Militsch i. Schlesien garnisonirenden Ulanen-Regiments unternommen und sind am Mittwoch Nachmittag 5 Uhr in Friedrichsruh eingetroffen. Am Donnerstag Mittag 12 Uhr wurden die vier Offiziere vom Fürsten Bismarck empfangen und zum Diner eingeladen. Der Fürst erkundigte sich eingehend nach den Ergebnissen des Distanzrittes und dem Befinden der Pferde, welche sich sehr gut gehalten haben und nicht besonders ermattet aussehen.

Berlin. Die Nachricht, der Breslauer Regierungspräsident v. Hendebrand habe am Montag Vormittag ein Telegramm des Ministers v. Köller in dem ihm dieser zu seiner Ernennung zum Oberpräsidenten von Ostpreußen gratulirt, und Nachmittags 3 Uhr ein

Photographie-Atelier 5, Augustenstr. 5
Garantirt künstlerische Ausführung von Porträts, Gruppen
II Stiegener Platz 11, Parterre (gelb).